

Amtsgericht Kirchhain

Kirchhain, den 18.03.2009

Geschäfts-Nr.: 7 C 648/04 (2)

Es wird gebeten, bei allen Eingaben die vorstehende Geschäftsnummer anzugeben

Eingereichen

24. März 2009

RA Loukidis



Beschluss

In der Zwangsvollstreckungssache

Christoph Aschenbach, Stockwiesenweg 6, 35287 Amöneburg,

Gläubiger

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Klingelhöfer u. Koll., Liebigstr. 24,
35037 Marburg, Geschäftszeichen: 782/04

gegen

Dr. Ulrich Brosa, Brückenstr. 4, 35287 Amöneburg,

Schuldner

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Wolfgang Loukidis, Johannesstr. 22,
19053 Schwerin, Geschäftszeichen: 632/04L01 gl/D11472

hat das Amtsgericht Kirchhain durch Richterin Dr. Dohmen am 18.03.2009

b e s c h l o s s e n :

Der Antrag wird zurückgewiesen.

Der Gläubiger hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Gründe:

I.

Dem Schuldner war durch die vom Amtsgericht Kirchhain erlassene einstweilige Verfügung vom 05.11.2004 – Az.: 7 C 648/04 – die vom Landgericht Marburg am 13.06.2005 – Az.: 5 S 177/04 – abgeändert wurde, bis zur Entscheidung in der Hauptsache untersagt worden, den Verfügungskläger auch Dritten gegenüber weder über das Internet noch auf sonstigem Weg wörtlich oder sinngemäß als Homosexuellen, als Rassisten und/oder als Kriminellen zu bezeichnen. Der Verfügungsbeklagte wurde verpflichtet, den Eintrag auf der Seite <http://www.geocities.com/althand/bumsasch.html> zu löschen, soweit in ihr der Verfügungskläger wörtlich oder sinngemäß als Homosexueller, als Rassist und/oder als Krimineller bezeichnet wird. Darüber hinaus ist sie insoweit zu löschen, als die E-Mail des Klägers an den Beklagten vom 13.07.2003 und die Stellungnahme von Dr. Edmund Haferbeck in dem Strafverfahren 2 Js 10014/02 wiedergeben werden. Im Übrigen wurde der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen.

Das Urteil des Landgerichts Marburg wurde von Amts wegen zugestellt. Eine förmliche Vollziehung der einstweiligen Verfügung durch Parteizustellung ist von dem Gläubiger nicht vorgetragen.

Der Gläubiger beantragt,

- 1. gegen den Schuldner wird wegen Verstoßes gegen das Verbot den Gläubiger über das Internet wörtlich oder sinngemäß als Kriminellen und Homosexuellen zu bezeichnen, ein Ordnungsgeld angedroht und für den Fall, dass dies nicht beigetrieben werden, kann Ordnungshaft angedroht;**
- 2. der Schuldner wird verpflichtet, den Eintrag auf der Seite www.althand.de/bomsdj.htm zu löschen, soweit in ihr der Gläubiger wörtlich oder sinngemäß als Homosexueller und als Krimineller bezeichnet wird.**

Der Schuldner beantragt**den Antrag vom 30.04.2007 abzuweisen.**

Er behauptet, dass ihm die damalige einstweilige Verfügung in Gestalt des Urteils des Amtsgerichts Kirchhain vom 05.11.2004 nicht förmlich per Gerichtsvollzieher jedoch von Amts wegen am 29.11.2004 zugestellt worden sei. Zudem sei eine Androhung eines Ordnungsgeldes nach 4 Jahren aus Gründen der bereits eingetretenen Rechtskraft des Berufungsurteils des Landgerichts Marburg unzulässig, da dies einerseits eine Rechtskraftdurchbrechung bedeuten würde, wenn das in dem Urteil vom 05.11.2004 des Amtsgericht Kirchhain angedrohte Ordnungsgeld im Übrigen mit dem Berufungsurteil vom 13.06.2005 zurückgewiesen wurde, zum anderen der Zeitpunkt von 4 Jahren eine Eilbedürftigkeit widerlege. Ein solcher Antrag sei verwirkt. Der Antrag zu Ziffer 2) habe nichts mit der begehrten Androhung eines Ordnungsgeldes zu tun. Dies sei nicht von dem Umfang der damaligen einstweiligen Verfügung umfasst.

II.

Die Anträge des Gläubigers vom 30.04.2008 sind zurückzuweisen.

1.

Einer Androhung von Ordnungsgeld und/oder Ordnungshaft setzt voraus, dass aus der einstweiligen Verfügung noch vollstreckt werden kann. Voraussetzung für eine zulässige Vollstreckung ist insoweit die Vollziehung der einstweiligen Verfügung innerhalb der Vollziehungsfrist, §§ 929, 936 ZPO. Nach herrschender Auffassung bedarf auch die Unterlassungsverfügung einer förmlichen Vollziehung durch Parteizustellung (vgl. Zöller § 929 Randnummer 12 mit weiteren Nachweisen). Obwohl der Gläubiger auf diese Voraussetzungen mit Beschluss vom 08.12.2008 hingewiesen wurde, hat er eine Vollziehung der einstweiligen Verfügung innerhalb der Vollziehungsfrist nicht dargelegt.

2.

Der Antrag zu 2), den Schuldner zu verpflichten, den Eintrag auf der Internetseite <http://www.althand.de/bomsdj.htm> zu löschen soweit in ihr der Gläubiger wörtlich oder sinngemäß als Homosexueller und als Krimineller bezeichnet wird, ist ebenfalls zurückzuweisen. Die Voraussetzungen einer Anspruchshäufung nach § 260 ZPO sind vorliegend nicht erfüllt. Die mit diesem Antrag begehrte Verpflichtung kann nicht im Rahmen des Vollstreckungsverfahrens ausgesprochen werden. Es handelt sich hierbei um einen neuen Leistungsantrag. Dieser ist von der erlassenen einstweiligen Verfügung nicht umfasst. Eine Gleichheit der Prozessart ist damit nicht gegeben.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 891 Satz 2 in Verbindung mit § 91 ZPO.

Dr. Dohmen,
Richterin

Ausgefertigt
Kirchhain,

Müller-Funk, Justizangestellte
Urkundsbeamtin/-beamter der Geschäftsstelle